

Europa muss liwweren !



Eise Walprogramm
fir d'Europawalen 2024

FOKUS.

FOKUS.

Wahlprogramm Europawahl 2024



INHALT

Vorwort.....	4
Eng funktionéierend europäesch Demokrati	5
Mehrheitliche Beschlussfassung	5
Direktwahl des Kommissionspräsidenten oder der Kommissionspräsidentin	5
Europäische Politische Union	6
Mir kënnen eis definéieren	6
Ein offener Kontinent	6
European Way of Life	7
Frieden geht nur durch Stärke.....	7
Mir kënnen eis verdeedegen	8
Für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft	8
Verteidigung ausreichend finanzieren	8
Robuster Umgang mit Russland	9
Europa wehrhaft machen.....	9
Europa ass ganz Europa.....	10
Erweiterung um alle europäischen Beitrittskandidaten in dieser Legislaturperiode.....	10
Mir kënnen eis finanzéieren	10
Finanztransaktionssteuer	11
Gerechte Besteuerung.....	12
Mir kënnen produzéieren.....	12
Reindustrialisierung.....	12
Transportnetze	13
Energie.....	13
Freihandelsabkommen.....	14
Künstliche Intelligenz.....	14
Gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen	14
Mir kënnen eis ernären	15
Diversifizierung	15
Klimaschutz.....	15
Freihandelsabkommen.....	16
Mir kënnen integréieren	16
Soziale Agenda.....	16
Wir brauchen Einwanderung.....	17
Asyl	17
Legale Einwanderung	18
Kulturelle Integration	18
Rassismus und Diskriminierung.....	18
Menschen mit Einschränkungen	19
Erleichterungen bei der Gesundheitsversorgung.....	19

VORWORT

Die Europawahlen 2024 sind die wichtigsten europäischen Wahlen seit Ende des Kalten Krieges. Die Herausforderungen, die auf die Union in den kommenden Jahren warten sind beispiellos und erfordern Zusammenhalt, mutige Entscheidungen und starke Botschaften nach innen und nach außen. Die Erwartungen der Bürger an die Europäische Union waren nie größer, die Forderung nach einer europäischen Politik, die sich mit den wesentlichen Herausforderungen auseinandersetzt nie deutlicher. Fokus war seit der Gründung eine Partei die sich nie gescheut hat offen und deutlich anzusprechen, was andere mutlos verschweigen. Europa darf sich nicht im Detail verlieren, in nationalistischen Kleinkriegen untereinander oder populistischen Angriffen gegeneinander: Europa muss in den wichtigen Themenbereichen liefern. Es geht um alles.

ENG FUNKTIONÉIREND EUROPÄESCH DEMOKRATI

Die Europäische Union ist eine Demokratie. Sie hat sich durch die Weiterentwicklung ihres Grundlagenvertrags in eine weitgehend parlamentarisch organisierte politische Union verwandelt, in der Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit herrschen. Grob gesehen entspricht die Kommission einer europäischen Regierung, das Europäische Parlament ist zusammen mit dem Ministerrat Gesetzgeber, die Rechtsprechung obliegt dem Europäischen Gerichtshof und dem Tribunal Erster Instanz. Doch wesentliche Merkmale einer staatlichen Demokratie fehlen der Europäischen Union zumindest in Teilen. Wir wollen, dass das sich ändert. Dabei geht es uns nicht darum, dass die Europäische Union ein Staat wird, sondern dass sie essenzielle Merkmale staatlichen Funktionierens übernimmt.

Mehrheitliche Beschlussfassung

Die Europäische Union muss zu mehrheitlichen Entscheidungen in allen Bereichen befugt und fähig sein. Die Zeiten, in denen einzelne Mitgliedstaaten vermeintliche vitale Interessen mit ihrem Veto verhindern können, müssen beendet werden. Die EU steht in der Welt und vor ihrer eigenen Haustür vor ungeheuren Herausforderungen. Sie muss nach außen stark und geeint auftreten, und nach innen ihre Entscheidungswege verkürzen. Weder das eine, noch das andere wird funktionieren, solange die Union in verschiedenen Bereichen – vor allem in der Außenpolitik – nur einstimmig Entscheidungen fällen kann.

Die Europäische Union braucht Mehrheitsbeschlüsse in allen Bereichen. Dies sollen keine einfachen Mehrheiten sein. Die aktuelle Version der qualifizierten Mehrheiten ist durchaus gerechtfertigt, damit ein Konsens zumindest angestrebt und Entscheidungen nicht mit den knappsten Mehrheiten durchgesetzt werden können. Das würde dem Zusammenhalt der Union schaden. Qualifizierte Mehrheiten jedoch erlauben breiten Konsens ohne Lähmung durch Einzelne. Das aktuelle System der doppelten Mehrheiten – Mehrheit der Mitgliedstaaten und Mehrheit der von ihnen vertretenen Unionsbevölkerung – ist hierzu geeignet.

Dieses System basiert auch auf der Möglichkeit einer Sperrminorität. Wenn vier Staaten gegen einen Vorschlag sind, wird dieser abgelehnt. Die Kombination aus qualifizierten doppelten Mehrheiten und einer Sperrminorität, die sich gemeinsam gegen Vorschläge wehren kann, bewirkt, dass man weiterkommt, wenn eine signifikante Mehrheit dies will. Diese Form der Entscheidungsfindung muss auf alle Handlungsbereiche der Europäischen Union ausgedehnt werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass ein einzelner Staat Entscheidungen blockiert, die von allen anderen für richtig und notwendig erachtet werden.

Direktwahl des Kommissionspräsidenten oder der Kommissionspräsidentin

Die europäische Demokratie kennt mittlerweile Spitzenkandidaten der europäischen Parteien bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Diese kandidieren nicht so sehr für einen Parlamentssitz als vielmehr für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission. Da jedoch der Europäische Rat der Regierungschefs nach wie vor den oder die PräsidentIn der Kommission vorschlagen muss, taugen die Spitzenkandidaturen nur bedingt zur besseren demokratischen Legitimierung der Kommission. Das soll sich ändern. Wir wollen, dass der Kommissionspräsident oder die Kommissionspräsidentin in direkter Volkswahl gewählt wird – am gleichen Tag wie das Europäische Parlament und auf einem zweiten Wahlzettel. Dabei ist es vorstellbar, dass, wie in den Vereinigten Staaten und anderswo, mit dem Vorsitzenden der Kommission zusammen ein oder mehrere stellvertretende Vorsitzende auf dem Wahlzettel stehen, damit geografisch, geschlechtlich und sprachlich diverse und quer durch die Union erkennbare und wählbare Präsidentschaftsteams sich dem Wählervotum stellen können.

Diese direkte Wahl würde dem Präsidenten oder der Präsidentin der Kommission eine eigene Legitimität verleihen und die europäische Exekutive von den Regierungen der Mitgliedstaaten weitgehend unabhängig machen. Es würde nicht mehr ein halbes Jahr nach der Parlamentswahl verloren, während dem das europäische Personaltableau inklusive des Kommissionspräsidenten oder der Präsidentin von den Regierungen im Hinterzimmer zusammengeschustert wird, und die Wählerinnen und Wähler könnten selber nach einem einfachen Prinzip den Unionspräsidenten, der sich dann auch so nennen sollte, bestimmen: wer die meisten Stimmen bekommt, gewinnt.

Wenn sich die europäische Demokratie derart weiterentwickelt, ist die Zahl der Mitgliedsstaaten kein störender Faktor bei der Beschlussfassung mehr. Die Menschen in Europa, in der ganzen Union, wählen den Präsidenten oder die Präsidentin der Union in direkter Wahl. Politische und vor allem gesetzgeberische Entscheidungen werden mehrheitlich getroffen. So funktioniert das in jeder Föderation, und so soll es auch in einer föderal organisierten Europäischen Union funktionieren.

Europäische Politische Union

Diese Weiterentwicklung der Europäischen Union schließt nicht aus, dass zusätzlich eine Politische Union entsteht, die auch für Verteidigungsfragen zuständig ist, und deren Mitgliedschaft sich nur in Teilen mit der Europäischen Union überschneidet. Diese muss allerdings ebenfalls nach dem Mehrheitsprinzip funktionieren und von den Institutionen der Europäischen Union geführt und verwaltet werden. In dieser politischen Union könnten alle europäischen Staaten, bis hin zum Kaukasus, Mitglieder werden, die für die vollumfängliche Umsetzung des „acquis communautaire“ noch einige Jahre brauchen werden, oder die der Europäischen Union nicht beitreten können oder wollen – wie Großbritannien oder die Türkei. Die Beitritte der Kandidatenstaaten der Europäischen Union sollen parallel zum Einsetzen der Politischen Union betrieben und vollzogen werden.

Wir wollen, dass die europäische Politische Union im Zuge der Kommissionsbildung nach der Europawahl unverzüglich geschaffen wird. Sie könnte von einem für Verteidigung zuständigen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission geleitet werden. Für gesetzgeberische Initiativen und haushaltsrelevante Entscheidungen würden Minister und Parlamentarier dieser Staaten mit beratender Stimme vom Europäischen Ministerrat und dem Parlament hinzugezogen.

MIR KÖNNEN EIS DEFINÉIEREN

Europa ist nicht nur ein Kontinent. Es ist eine Identität, eine Lebensweise, eine Überzeugung. Ob wir Bürger der Europäischen Union sind oder noch nicht, ob wir das Glück haben, uns innerhalb des Schengener Raums frei bewegen zu können oder noch nicht, alle Europäer teilen dieses Gefühl, einen besonderen Kontinent zu bewohnen. Er ist im globalen Vergleich klein, doch außerordentlich divers. Für jeden Europäer ist klar, dass Europäer sein zu seiner Persönlichkeit gehört. Das gilt für solche, die schon immer hier waren, und die, deren Weg sie erst später zu uns geführt hat. Seit Jahrtausenden ist Europa ein Kontinent der Wanderung, der Migration, des Austausches und der Integration. Das war bei den Griechen und Kelten so, im Römischen Reich, zu Zeiten Karls des Großen, in den Zeiten kolonialer Expeditionen und sogar während der Teilung in Ost und West.

Ein offener Kontinent

Niemals war Europa ein geschlossener Kontinent. Und niemals war er sich wirklich bewusst, dass er sich eines Tages als Ganzes würde verteidigen müssen. Um das zu erhalten und zu bewahren, was ihn ausmacht, um in der Globalisierung der Wirtschaft wieder auf eigene Füße zu kommen und sich gegen Feinde zu wehren, die unsere

Lebensart verabscheuen und unsere Eigenart vernichten wollen. Dieses Bewusstsein muss jetzt erlangt werden, und damit verbunden der Wille und die Bereitschaft, Europa und seine Errungenschaften mit allen Mitteln zu verteidigen.

Europäer wollen viele sein, die es nach der geografischen Definition nicht unbedingt sind. Europäer wollen viele werden, nachdem sie auf der Suche nach persönlicher Freiheit, Rechtssicherheit und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten bei uns gelandet sind. Europa zieht an. Es ist der Kontinent der Menschenrechte und der unbedingten Wahrung der menschlichen Würde. Es ist der Kontinent der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit. Es ist der Kontinent der liberalen Demokratie.

European Way of Life

Diese Fixpunkte europäischer Realität sind heute fast allen Europäern gemein. Es existiert ein europäischer „Way of Life“, der all diese Elemente beinhaltet. In Europa hat man das Recht zu glauben, aber eben auch jenes, das nicht zu tun. In Europa gibt es keine Todesstrafe. In Europa wird man unabhängig von innerlichen und äußerlichen Merkmalen als Mensch gleichberechtigt mit allen anderen Menschen behandelt, unabhängig von Hautfarbe und Sprache, geschlechtlicher und sexueller Orientierung und Identität, sozialem Status oder beruflicher Tätigkeit. Es gilt das gleiche Recht für alle, unter allen Umständen und zu jedem Moment. Die europäische Rechtsstaatlichkeit ist eine offene, die Menschen aus anderen Kulturkreisen bereitwillig aufnimmt. Sie erwartet von diesen Menschen, dass sie unsere Verfassungs- und Gesetzesregeln akzeptieren und teilen. Diese gelten für alle Menschen, die sich in Europa aufhalten, für eine kurze Zeit oder für immer.

Europa ist der Kontinent, in dem die Umweltschutzbewegung ihren Anfang genommen hat und der globaler Vorreiter beim Klimaschutz ist. Europa glaubt an die nachhaltige Transition zu einer emissionsfreien Wirtschaft und Gesellschaft, in der die Menschen dadurch nicht weniger, sondern mehr Wohlstand und Entfaltungsmöglichkeiten bekommen. Die europäische Überzeugung ist: Die Menschheit definiert sich nicht dadurch, dass sie fähig ist, Kohlenstoff freizusetzen, sondern dadurch, dass sie fähig ist, das in ihrem zukünftigen Fortschritt sein zu lassen.

Europa ist der Kontinent der sozialen Absicherung und des sozialen Fortschritts. Es ist der Kontinent der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Ausgleichs zwischen jenen, die nichts mehr brauchen, und jenen, die nicht genug haben. Es ist der Kontinent der Umverteilung, dessen Gesellschaft danach strebt, den von allen erzeugten Mehrwert zugunsten aller gerecht zu verteilen. Europa muss der Kontinent sein, der angemessene Einkommen für alle verwirklicht – in jedem Moment ihres Lebens.

Frieden geht nur durch Stärke

All dies ist Europa. Die Europäische Union wurde vor über 70 Jahren begründet, um die größtmögliche Zahl an Menschen in Europa gemeinschaftlich und in Frieden zu Freiheit und Wohlstand zu begleiten. Leider stand der europäischen Einheit am Anfang die Systemopposition zwischen demokratischem Westen und kommunistischem Osten im Wege. Dieser Gegensatz wurde überwunden. Doch anstatt europaweiten friedlichen Strebens nach Glück und Erfüllung erleben wir wieder Krieg auf unserem Kontinent. Dieser Krieg wurde von einem Nachbarstaat begonnen, der sich nicht in europäische Friedensordnungen einfügen lässt. Dieser Krieg wurde Europa aufgezwungen von einem Regime, das totalitär, obskurantistisch und menschenverachtend ist. Dieser Krieg soll nicht nur die Ukraine, sondern ganz Europa vor Russland in die Knie zwingen. Europa muss diesen Krieg gewinnen. Mit ihm werden alle europäischen Völker die Freiheit gewinnen, nach jener Art leben und sich entfalten zu können, die sie selbst für sich wählen.

MIR KÖNNEN EIS VERDEEDEGEN

Das westliche Europa ist seit ihrer Gründung Teil der NATO. Mit Ausnahme einiger neutraler Staaten war dies das Verteidigungsbündnis des „Westens“ im Kalten Krieg. Ihm gegenüber stand der Warschauer Pakt. Nach dessen Verschwinden strebten die Staaten Mittel- und Osteuropas in die NATO, die sie als Verteidigungsbündnis der freien und demokratischen Staaten beidseits des Atlantischen Ozeans sahen. Über Hundert Millionen Europäer in der östlichen Hälfte unseres Kontinents sind nun ebenfalls, gemäß ihrem eigenen Willen, Bürger von NATO-Mitgliedstaaten. Fünfzig weitere Millionen würden es sein wollen. Sie haben dazu jedes Recht.

Die NATO wurde von ihren europäischen Mitgliedsstaaten zu lange als ein Bündnis wahrgenommen, in dem die Vereinigten Staaten im Zweifelsfall Europa verteidigen. Gleichzeitig führten die europäischen NATO-Mitglieder ihre Verteidigungshaushalte zurück, bis es auf unserem Kontinent kaum noch eine kriegsfähige Armee mehr gab. Innerhalb der Europäischen Union überhaupt keine. Dieser Zustand muss sich dringend ändern.

Für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft

Es war ein Fehler, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht zu verwirklichen. Sie wird heute dringend gebraucht, um der Europäischen Union zu ermöglichen, weiteren Aggressionen Russlands oder sonstiger militärischer Gegner resolut abwehrbereit entgegen zu treten. Wir wollen, dass die Europäische Verteidigungsgemeinschaft schnellstmöglich konzipiert und eingerichtet wird, und zwar mit all jenen Staaten, die an ihrem Aufbau teilhaben wollen. Dies schließt aktuelle Beitrittskandidaten ebenso ein, wie Großbritannien, Norwegen und Island.

Wir wollen Europa verteidigen. Wir wollen, dass die Staaten Europas ihre militärischen Kapazitäten erheblich steigern und miteinander vernetzen. Die Frage ist nicht, ob wir eine europäische Armee wollen oder brauchen. Die dringende Frage lautet: wollen wir die Armeen Europas derart verstärken und koordinieren, dass wir unseren Kontinent ohne amerikanische Hilfe verteidigen können? Unsere Antwort auf diese Frage ist ein klares Ja. Dieses Ja ergibt sich aus der objektiven Notwendigkeit einer wirklichen transatlantischen Partnerschaft. Auf unserer Seite des Atlantik müssen wir selber für unsere Verteidigung sorgen können, so wie es die amerikanischen Partner auf ihrer Seite tun.

Verteidigung ausreichend finanzieren

Die Staaten Europas brauchen finanzielle Mittel, um die benötigten Investitionen in unsere Verteidigung durchführen zu können. Diese Mittel müssen durch eine Umgestaltung der europäischen Finanz- und Haushaltsordnung bereitgestellt werden. Ein Europa, das sich tatsächlich selbst verteidigen und Beistandspflichten erfüllen kann, wird dazu Ausgaben brauchen, die erheblich höher als zwei Prozent des BIP liegen – zumindest während jenen Jahren, in denen die aktuellen Rückstände aufgeholt werden müssen. Das kann allein durch Umverteilung in den nationalen Haushalten nicht gelingen. Wir brauchen und wir wollen einen europäischen Finanzierungspfeiler für die Verteidigung unseres Kontinents.

Der Krieg in der Ukraine ist ein europäischer Krieg. Er wurde von einer ehemaligen Großmacht begonnen, die eine internationale Ordnung auf der Basis von Recht und Gesetz nicht akzeptiert. Russland ist damit zum Feind der europäischen Friedens- und Rechtsordnung geworden. Seine Alliierten im Krieg sind eine theokratische Diktatur im Mittleren und ein pseudokommunistisches Schreckensregime im Fernen Osten. Russland hat sich somit aus der zivilisierten Weltgemeinschaft verabschiedet. Sein Ziel ist nur scheinbar die Rückgewinnung ukrainischen Territoriums für seine postsowjetischen Großmachtphantasien. In Wahrheit ist die „russische Welt“, die dort

beschworen wird, ein Ort der Unterdrückung, der Unfreiheit, der Abscheu gegenüber den westlichen Werten und der völligen Willkür gegenüber dem menschlichen Leben. Russland will Europa dieses Modell in seinen eurasischen Planspielen aufzwingen. Dagegen wollen wir uns mit allen Mitteln wehren.

Robuster Umgang mit Russland

Mit Russland kann man ebenso wenig verhandeln, wie mit Hitlerdeutschland. Mit Russland will man ebenso wenig zu tun haben, wie mit Hitlerdeutschland. Wir wollen, dass Russland vollständig isoliert wird und seine Kriegswirtschaft maximal geschwächt wird. Aus diesem Grund wollen wir:

- Dass die in der Europäischen Union eingefrorenen russischen Gelder konfisziert und integral an die Ukraine überwiesen werden. Schätzungsweise 500 Milliarden Euro können so dem ukrainischen Staat zur Gewährleistung seines Funktionierens zur Verfügung gestellt werden, Gelder, mit denen Kinder und Jugendliche unterrichtet, Straßen und Eisenbahntrassen unterhalten, zerstörte Infrastruktur wiederhergestellt und Löhne und Renten überwiesen werden können. Die Konfiszierung und Überstellung dieser Gelder soll unverzüglich stattfinden.
- Dass die Europäische Union solche Staaten mit Sanktionen belegt, die unser umfassendes Embargo gegen Russland bewusst brechen. Staaten, die selbst oder in denen Unternehmen Produkte aus Europa importieren und sie dann nach Russland weiterleiten, müssen verstehen, dass wir ein solches Vorgehen nicht dulden.
- Dass das Kaliningrader Gebiet, das einen nuklear bewaffneten russischen Vorposten innerhalb der Europäischen Union darstellt, mit einer Blockade belegt wird, so dass keinerlei Bewegungen von Menschen und Gütern über Land mehr dorthin stattfinden können. Überflugrechte müssen gestrichen, Bahnverbindungen unterbrochen werden. Die Nutzung Kaliningrads für zukünftige militärische Bewegungen muss auf diese Weise erheblich erschwert werden.

Europa wehrhaft machen

Europa muss sich verteidigen können. Das geht nicht ohne den Einsatz von Männern und Frauen, die in Armeen dienen. Es braucht ebenfalls den Einsatz engagierter Menschen in allen Bereichen zivilen Engagements. Junge Europäerinnen und Europäer sollen zukünftig einen allgemeinen gesellschaftlichen Dienst absolvieren, der sie zu verteidigungsbereiten europäischen Bürgerinnen und Bürgern macht. Hierbei geht es nicht nur um den Dienst in einer Armee – den abzulehnen ein europäisches Recht darstellt – sondern um den Einsatz für unser Gesellschafts- und Zivilisationsmodell auf allen Ebenen. Ein europäischer bürgerlicher Dienst ist das beste Mittel gegen politische Verwehrlosung.

Wir wollen, dass innerhalb der Europäischen Kommission ein Mitglied spezifisch mit Verteidigungsaufgaben betraut wird. Dieses Kommissionsmitglied soll an allen relevanten NATO-Treffen auf Ebene der Regierungschefs und Minister teilnehmen, wie an wichtigen Sitzungen auf UNO-Ebene. Gegebenenfalls und bis zu einer entsprechenden Reform der UN-Organe sollte Frankreich diese Kommissarin oder diesen Kommissar zu bestimmten Momenten an seiner UNO-Präsenz im Sicherheitsrat teilnehmen lassen.

EUROPA ASS GANZ EUROPA

Die Union hat sich im Verlauf ihrer Geschichte von 6 auf heute 27 Mitglieder erweitert. Noch immer wollen europäische Staaten der Union beitreten. Wir sollten sie schnell und unkompliziert aufnehmen. Europa ist ganz Europa. Wo Millionen Menschen über lange Jahre den Eindruck gewinnen, Europa würde sie nicht ernst nehmen, entstehen Ablehnungsreaktionen und wird nach anderen Ausrichtungen gesucht. Wozu das führt, erleben wir in den Ländern des westlichen Balkan, wo Russland, die Türkei, Saudi-Arabien und andere versuchen, die Bevölkerung in ihren Bann zu ziehen. Dabei wollen diese Menschen als Europäer Teil der Europäischen Union sein.

Die Ukraine und Moldova haben Beitrittskandidatenstatus erhalten. Sie müssen jetzt schneller als sonst üblich den Beitrittsprozess durchlaufen und aufgenommen werden. Wir haben dafür nicht noch jahrelang Zeit. Das Gleiche gilt für den Westbalkan. Es wird Zeit, dass ganz Europa in der Europäischen Union seinen Platz findet. Das heißt: jeder europäische Staat, der das will.

Erweiterung um alle europäischen Beitrittskandidaten in dieser Legislaturperiode

Wir wollen einen Beitrittsplan für alle europäischen Kandidatenstaaten, der binnen der kommenden Legislaturperiode umgesetzt wird. Natürlich werden einige Staaten weiterhin Aufholbedarf gegenüber den aktuellen Mitgliedern haben, aber: das war bei den Beitritten 2004, 2007 und 2014 auch so. Irgendwann muss eine politische Entscheidung über die verbleibenden Beitritte getroffen werden, denn die Union hat weder die Zeit noch die Ressourcen, über Jahrzehnte weiter an einzelnen Beitrittsprozessen zu basteln. „Ganz Europa“ jetzt muss die Leitlinie des nächsten Parlaments und der nächsten Kommission sein.

Europa braucht Menschen, es braucht ein klar umrissenes Territorium und es braucht einen geopolitischen Anspruch, um seine Position in der Welt und gegenüber seinen Nachbarstaaten bestimmen und verteidigen zu können. Dieser Anspruch muss sein: die Union ist Europa, Europa ist die Union. Für die praktische Umsetzung der Freizügigkeiten des Schengener Raums können durchaus noch Übergangsfristen angewandt werden. Wichtig ist, dass die Europäer in der Ukraine, in Moldova, in Bosnien, Nordmakedonien, Montenegro, Kosovo, Albanien und auch Serbien davon ausgehen können, dass ihr Beitrag in der Union erwünscht ist und wir sie willkommen heißen.

Wir wollen, dass die Kommission bis Anfang 2025 einen Masterplan zur Erweiterung um all jene Staaten vorlegt, die eindeutig europäische Beitrittskandidaten sind. Die Staaten des westlichen Balkan, die Ukraine und Moldova müssen der Union bis 2029 beitreten.

MIR KÖNNEN EIS FINANZÉIEREN

Die Europäische Union verfügt letztlich nur über jene Finanzmittel, welche die Mitglieder ihr zugestehen. Die Beiträge der Mitglieder dürfen aktuell nicht über 1,24 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung hinausgehen. Das führt zu zwei Dingen:

- Erstens ist der europäische Haushalt nur für knapp vier Prozent der öffentlichen Ausgaben in der Union zuständig, über 96 Prozent werden über die Haushalte der Mitgliedstaaten und ihrer Gliederungen (Länder, Regionen, Gemeinden) abgewickelt

- Zweitens sollte die Union dem Vertrag entsprechend im Wesentlichen über Eigenmittel finanziert werden, was nicht der Fall ist: lediglich die gemeinsamen Zolleinnahmen, die weniger als 20 Prozent der Haushaltseinnahmen ausmachen, können als solche gelten.

Die Union braucht Geldmittel, um wesentliche europäische Infrastrukturprojekte finanzieren zu können, vor allem für die Energieversorgung. Sie muss allerdings auch dafür sorgen, dass lebenswichtige Politiken, wie die gemeinsame Landwirtschaftspolitik oder Forschung und Industrieförderung, nicht unterfinanziert werden. Gleichzeitig brauchen die Staaten mehr Mittel, um ihre eigenen Infrastrukturen zu modernisieren, ihre Verteidigungskapazitäten auszubauen und ihre sozialen Sicherungssysteme leistungsfähig zu halten. Dies alles zusammen kann nicht aus den bestehenden und zu erwartenden nationalen Einnahmen und den Beiträgen der Staaten in den Unionshaushalt bestritten werden.

Finanztransaktionssteuer

Vor Jahren hat die europäische Kommission einen damals viel diskutierten, aber nie angenommenen Vorschlag auf den Tisch gelegt, um eine Besteuerung finanzieller Transaktionen einzuführen. Wohlgemerkt: automatisierte Geldgeschäfte, nicht die persönliche Überweisung sollte besteuert werden. Diese würde, mit Belastungssätzen im Promillebereich, alle Transfers der Staaten an die Union im europäischen Haushalt ersetzen können. Das wären rund 150 Milliarden pro Jahr. Wenn davon die Hälfte an die Staaten zurückfließt, entstehen dort Investitionsfreiräume, wie sie beispielsweise bei der Verteidigung gebraucht werden. Mit der anderen Hälfte ließen sich wesentliche europäische Projekte im Energiebereich grundfinanzieren.

Die Finanzierungsbedürfnisse bei den Energieinfrastrukturen werden über die nächste Legislaturperiode auf fast 1000 Milliarden Euro geschätzt – je nachdem, was eingerechnet wird. Um die Größenordnung einschätzen zu können: das entspricht heute quasi dem vollständigen Volumen einer Sieben-Jahres-Planungsperiode. Es ist völlig klar, dass ein solcher Aufwand nicht aus vorhandenen Mitteln betrieben werden kann. Wer auch immer noch der Meinung ist, man dürfe die europäische Wirtschaft, und insbesondere die Finanzwirtschaft, nicht ernsthaft besteuern, muss den Menschen dann konsequenterweise sagen, dass die Energiewende nicht stattfindet. Wir wollen, dass sie stattfindet, weil sie Europa auf den Pfad des nachhaltigen Wachstums mit den nötigen qualifizierten Arbeitsplätzen zurückführen wird. Deswegen braucht es neue Steuereinnahmen. Diese werden in erheblichem Masse der produktiven Wirtschaft und ihrer Entwicklung zugutekommen.

Wir wollen, dass eine solche Finanztransaktionssteuer schnell wieder vorgeschlagen und angenommen wird. Da sie für die gesamte Union gelten wird, entsteht keine Wettbewerbsverzerrung, auch nicht für Luxemburg. Wir müssen das Geld für dringend benötigte Investitionen endlich dort suchen, wo es ist: bei völlig unproduktiven reinen Geldgeschäften mit erheblichem finanziellem Mehrwert. Dienstleister, die sich auf Standorte konzentrieren, an denen keine solche Besteuerung existiert, und sich so unlauterem Wettbewerb hingeben, wird der Pass für Transaktionen an europäischen Standorten verweigert.

Die Transaktionssteuer sollte durch eine konsequente Besteuerung der ganz großen digitalen Handelsunternehmen ergänzt werden. Diese wird sich auch zur zukünftigen Finanzierung sozialer Sicherungssysteme nicht vermeiden lassen. Wichtig ist bei jeder solchen Steuer: sie muss in der gesamten Union gelten, und sie muss unvermeidbar sein. Konkret bedeutet das: wer sie nicht zu zahlen bereit ist, darf in der Europäischen Union keine Geschäfte mehr machen.

Gerechte Besteuerung

Die Europäische Union kann sich Steuerflucht nicht mehr leisten. Die Sätze der zukünftigen europäischen Besteuerung von extremen Gewinnen und Geldgeschäften werden außerordentlich moderat sein. Die betroffenen Akteure werden sie abführen können, ohne dass sich an Verbraucherpreisen irgendetwas ändert. Dies muss auch gesetzlich so geregelt werden.

Wir können uns nicht verteidigen, wir können uns nicht mit Energie und Lebensmitteln versorgen, wir können unsere Industrie nicht schützen und fördern, wenn wir uns nicht die Mittel an die Hand geben, Geld dort zu suchen, wo es vorhanden ist. Die europäischen Steuerzahler haben viel zu lange unter der faktischen Steuerfreiheit der Geldunternehmen und der digitalen Riesen gelitten, indem ihre eigenen Steuern ständig angehoben wurden. Wir wollen, dass die Europäer neues Vertrauen in das europäische Projekt und seine Bedeutung gewinnen. Das wird nur passieren, wenn sie den Eindruck haben, dass Europa mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft bewirkt. Diese Gerechtigkeit muss auch eine Verteilungsgerechtigkeit sein. Verteilung der Gewinne, aber auch der Belastungen – so, dass nicht immer nur die Bürgerinnen und Bürger sowie die kleinen Betriebe zur Kasse gebeten werden, sondern in Zukunft mehr und mehr jene Unternehmen, die auch Kasse machen.

MIR KÖNNE PRODUZIEREN

Die Europäische Union leidet fast in ihrer Gesamtheit unter Industrieflucht und Desindustrialisierung. „Outsourcing“ war das magische Wort jener Bewegung, die eine enorme Anzahl von Arbeitsplätzen in Europa zerstört hat, indem bestimmte Arbeiten nach Asien verlagert wurden. Von dort werden sie heute teils schon nach Afrika ausgelagert. Was für viele Menschen auf diesen Kontinenten gut schien und noch scheint, ist in Wahrheit eine dramatische Entwicklung. Wenn nur noch dort produziert wird, wo irgendetwas – im Ernstfall die menschliche Arbeit – am allerbilligsten zu haben ist, dann wird in Ländern, wo anständige Löhne gezahlt werden, irgendwann nichts mehr produziert. Diese Logik muss gebrochen werden.

Einer der wichtigen Kostenfaktoren der letzten Jahre sind die Energiepreise. Diese sind seit Ausbruch des Ukrainekrieges explodiert, haben sich anschließend stabilisiert und bleiben hoch. Die Europäische Union muss dringend ihre Energieversorgung in einem vernünftigen Mix sicherstellen. Mix aus Energieträgern und Mix aus Eigenproduktion und Importen – wobei die Importe so organisiert sein müssen, dass keine Abhängigkeiten mehr entstehen, wie es sie beispielsweise vom russischen Gas gegeben hat. Ebenso muss zukünftig klar sein: die Union schließt keine Lieferverträge mit Staaten ab, in denen Willkürherrschaft besteht, massive Korruption herrscht, Menschenrechte verachtet werden und internationales Recht mit Füßen getreten wird. Deswegen sind wir strikt gegen jede Energielieferung aus Russland, Aserbaidschan, Turkmenistan und Iran.

Reindustrialisierung

Die Europäische Union braucht eine Dynamik der Reindustrialisierung. Diese wird notwendigerweise an die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transition in Richtung der Emissionsfreiheit gekoppelt sein. Eine Energiewende wird sich nur dann der Bevölkerung positiv erschließen, wenn mit ihr eine Industriewende einhergeht, die neue und neuartige Arbeitsplätze in den Industrie- und Technologiebereichen der Zukunft schafft. Das gilt für Sonnen- und Windenergie, es gilt ebenso für eine Wasserstoffwirtschaft und jene industriellen Wandlungen, die diese ermöglichen. Emissionsfrei hergestellter Stahl, Glas, Zement und Aluminium, emissionsfreie Düngemittel für eine nachhaltigere Landwirtschaft, synthetische Kraftstoffe für den Flug- und Schiffsverkehr: all dies wird die produktive europäische Industrie neu beleben.

Globalisierung hat ihre Grenzen. Nicht nur in der Logistik, sondern auch in der Sinnfälligkeit. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, weshalb in Europa kaum noch ein Halbleiter, ein Computerchip oder auch ein T-Shirt hergestellt wird. Nicht alles muss einmal um den halben Globus transportiert werden, weil es dann vermeintlich billiger zu beziehen ist. Wenn man beispielsweise die enormen Kosten für den Schutz der Schifffahrtsroute durch den Suez-Kanal einrechnen würde, wäre die Computermouse aus Taiwan vielleicht noch immer nicht teuer, aber nicht mehr billiger als wenn sie in Mailand oder Rotterdam entstünde. Computer und Roboter kosten überall das Gleiche. Es wird höchste Zeit, dass die Europäische Union definiert, was sie mindestens auf ihrem eigenen Territorium herstellen will und welche Produktivkräfte sie dafür einsetzen will. Das ist beileibe kein Protektionismus: es ist schiere Förderpolitik europäischer Produktionskapazitäten.

Transportnetze

Produktion braucht Verteilungsnetze. Die europäischen Transportnetze sind, vor allem was die Bahnlinien und die Transportdauer per Schiene anbelangt, in einem lächerlichen Zustand. Das muss dringend anders werden. Bevor Europa im Lastwagenverkehr komplett erstickt, wollen wir eine massive Investitionsoffensive in europäische Bahnnetze für den Gütertransport. Diese werden emissionsfrei betrieben und werden auf signifikante Manier zur Reduzierung der Transportemissionen beitragen. Signifikante Investitionen in den Bahntransport, vor allem den Güterverkehr, brauchen entsprechende europäischen und nationalen Haushaltsmittel. Diese bereitzustellen ist nicht mehr eine Option, sondern eine vitale Notwendigkeit. Ein anständiges Funktionieren des europäischen Binnenmarktes setzt voraus, dass gerade Waren innerhalb dieses Marktes nicht nur frei, sondern auch schnell und effizient transportiert werden können. Und zwar ohne die Autobahnen vor allem in der Mitte unseres Kontinents immer mehr in gigantische LKW-Parkplätze zu verwandeln. Dem ständigen Zuwachs an LKW-Verkehr muss dringend und einschneidend Einhalt geboten werden.

Energie

Die Europäische Union braucht Energie. Für die Industrie und den Transport, aber auch für die Gebäudewirtschaft. Die Digitalisierung an sich, das Betreiben von Computerinfrastrukturen, die enorme Mengen an elektrischem Strom verschlingen, verlangt nach einer nachhaltigen und stabilen Versorgung mit Elektrizität, die emissionsfrei hergestellt werden soll. Besonders der Aspekt der Stabilität wird mit Windrädern und Solarpaneelen alleine nicht gewährleistet werden können. Deshalb wird Speicherinfrastruktur und -kapazität gebraucht. Es wird auch bis auf Weiteres nicht ohne nuklearen Strom gehen können. Das ist keine Glaubensfrage, sondern eine vernunftbasierte Feststellung. Moderne Reaktortechnik sollte es erlauben, schneller und sicherer Strom zu produzieren, als es die Kraftwerke früherer Generationen zugelassen haben.

Wer keinen Atomstrom will, braucht keinen zu produzieren oder zu verwenden. Wer das aber tun will – und das ist mehr als die halbe Union – soll es weiterhin tun können, ohne sich ständig in quasi religionskriegerischen Diskussionen rechtfertigen zu müssen.

Wasserstoff wird als Ergänzung zur direkten Elektrifizierung eine herausragende Rolle spielen, auch deswegen, weil man mit Molekülen machen kann, was Elektronen nicht vermögen. Die Direktreduktion von Eisenerz, zum Beispiel, ist mit Strom nicht möglich, mit Wasserstoff sehr wohl. Europa wird enorme Mengen an Wasserstoff brauchen, die teils in natürlicher Form zur Verfügung stehen – vorausgesetzt, die Vorkommen werden konsequent erschlossen – und zum anderen Teil hergestellt werden müssen. Das wird nur zum Teil in Europa passieren können, ein anderer Teil wird importiert werden müssen – in enger Zusammenarbeit mit einer begrenzten Zahl von strukturellen Partnern um Europa herum, mit denen zusammen die Union in Produktionsstätten und Trans-

portinfrastruktur investieren wird. In verschiedenen dieser Partnerländer werden sich so völlig neue Perspektiven der Industrialisierung und der wirtschaftlichen Diversifizierung ergeben, die den Menschen dort Lebenschancen bieten. Wir wollen, dass die angestrebten Wasserstoffpartnerschaften zum größtmöglichen Nutzen aller Partner realisiert werden.

Freihandelsabkommen

Die Europäische Union muss zukünftig weiter Freihandelsabkommen abschließen. Dies wird regelmäßig durch Ablehnung der öffentlichen Meinungen erschwert. Selbstverständlich müssen für zukünftige Verhandlungen Lehren aus dem Scheitern vergangener Anläufe gezogen werden, nicht zuletzt bei der Verhandlungstransparenz: es geht schließlich um Handel, nicht um geheimdienstliche Erkenntnisse. Doch vor allem muss der Bevölkerung überall in der Union überzeugend und aufrichtig vermittelt werden, dass Europa Freihandelsabkommen braucht. Europa muss nicht nur den Stolz, sondern auch das Selbstbewusstsein haben, mit demokratischen Staaten transparent und zielführend über die Abschaffung von Handelsbarrieren zu verhandeln.

Ein Abkommen mit Kanada, mit den Vereinigten Staaten und auch mit den Staaten Südamerikas ist genauso notwendig wie jene mit Südkorea, Australien, Neuseeland oder Japan. Wir können unsere Industrien nicht schützen, indem wir sie von den Mitbewerbern auf anderen Kontinenten abnabeln – dann wird unseren Industrien im Gegenzug nämlich das gleiche passieren.

Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz (KI) wird in Zukunft eine wesentliche Rolle in unseren Gesellschaften spielen. Sie wird vieles vereinfachen, aber auch Risiken mit sich bringen. Mit der horizontalen Regulierung der KI (AI Act) hat die Europäische Union 2024 ein weltweites Novum geschaffen. Dieser Rechtsakt ermöglicht die optimale Nutzung von KI im Hinblick auf einen konkurrenzfähigen EU-Binnenmarkt unter Wahrung fundamentaler Grundrechte, Werte und Freiheiten in der EU. Er organisiert auch den Schutz vor Missbrauch.

KI wird in vielen Bereichen menschlichen Lebens und Handelns zur Selbstverständlichkeit werden, doch sie darf keine gleichwertig erscheinenden alternativen Realitäten darstellen. Ebenso muss dafür gesorgt werden, dass sie nicht für die Disruption unseres demokratischen Funktionierens durch feindliche Mächte eingesetzt wird. In dieser Hinsicht braucht es eine ständige Wachsamkeit. Da sich diese Technologien enorm schnell weiterentwickeln, muss die EU-Gesetzgebung, die heute weltweit einzigartig ist, ihre Bürger auch in den kommenden Jahren durch eine zeitnahe Anpassung vor den Gefahren und Ungleichheiten, die KI mit sich bringt, schützen. Digitale Bildung ist hier von elementarer Bedeutung. Sie muss verstärkt in europäischen Schulen, aber auch in Maßnahmen der Erwachsenenbildung, zum Tragen kommen.

Gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen

Die Europäische Union leidet noch immer unter einer völlig auseinander gesprengten Qualifizierungs- und Diplomlandschaft. Es ist nicht normal, dass im Jahre 2024 noch nicht sichergestellt ist, dass jemand sein Diplom, welches auch immer es ist, überall in der Union zu den gleichen Bedingungen nutzen und einsetzen kann.

Die generelle und automatische gegenseitige Anerkennung von Curricula, Qualifikationen und Diplomen würde die Freizügigkeit innerhalb des europäischen Binnenmarkts erheblich unterstützen. Sie ist somit eine dringende Voraussetzung für einen voll integrierten, innovativen, leistungsstarken und konkurrenzfähigen EU-Binnenmarkt. Die europaweite Anerkennung muss sich auf Sekundarstufen, Berufsabschlüsse, Fortbildungen und

Hochschulabschlüsse erstrecken. Das Austauschprogramm Erasmus+ existiert bereits für Hochschulen, Sekundarschulen und junge Unternehmer – dieses Programm stellt somit eine mögliche Grundlage für die generalisierte gegenseitige Anerkennung von Ausbildungswegen dar.

MIR KÖNNEN EIS ERNÄREN

Die Gemeinsame Landwirtschaftspolitik ist die älteste der EU-Politiken. Sie dient dazu, die Landwirtschaft Europas zu stärken und die Ernährung der Einwohner der Union sicherzustellen. Im Verlauf der Jahre hat sich diese Politik gewandelt. Ihr Anteil an den gemeinschaftlichen Haushaltsausgaben ist stetig zurückgegangen, dennoch macht die Landwirtschaft rund ein Drittel der ausgegebenen europäischen Finanzmittel aus.

Wir brauchen eine leistungsfähige Landwirtschaft in Europa. Wir brauchen jedoch auch und vor allem Landwirte, die als Unternehmer produzieren und innovieren können und dürfen, anstatt sich in Abhängigkeit von Subventionen als Befehlsempfänger zu fühlen. Ein Bauer ist kein Beamter. Er soll keiner sein, und er soll sich auch nicht so verkommen müssen.

Die gemeinsame Landwirtschaftspolitik wurde immer wieder reformiert. Dabei spielten viele Faktoren eine Rolle, die je nach Standort nachvollziehbar waren, als Grundlagen einer die gesamte Union umfassenden Politik jedoch untauglich sind. Was für den Milchbauern in Friesland oder Luxemburg gut sein mag, nutzt dem Gemüsebauern in Spanien wenig. Vor allem wurden teils völlig absurde Regeln in Kraft gesetzt, die mit Nahrungsmittelproduktion und -versorgung nichts zu tun haben. Das muss sich ändern.

Diversifizierung

Die große Frage lautet heute nicht: Bio oder Konventionell? Es wird beides gebraucht, wobei eine nachhaltig ausgerichtete, konventionelle Landwirtschaft auch weiterhin den größten Anteil an der Agrarproduktion haben wird. Für biologische Produktion gibt es einen Markt, und es muss auch ausreichend Flächen für sie geben. Dies kann jedoch in unseren Augen nicht die Hauptausrichtung landwirtschaftlicher Produktion in Zukunft sein. Und zwar weder für Milchprodukte, noch für Gemüse und Fleisch.

Die europäische Landwirtschaft braucht Impulse zur Diversifizierung. Grob formuliert gibt es zu viel Milch und zu wenig Gemüse in Europa. Wenn man das feststellt, kann die Antwort auf die Überproduktion des einen nicht in weiteren Subventionen bestehen, während das andere mit Gängelungen und Verboten praktisch unmöglich gemacht wird. Mit anderen Worten: wenn ein Landwirt in Luxemburg Gemüse in Gewächshäusern anbauen will, dann muss er das machen dürfen. Nicht Europa verbietet es, sondern völlig unnachvollziehbare nationale Regeln, die unsere Landwirtschaft im europäischen Vergleich und Wettbewerb benachteiligen.

Klimaschutz

Landwirtschaft wird nicht ohne weiteres eine emissionsfreie Tätigkeit. Doch die Klimafreundlichkeit der Landwirtschaft muss signifikant zunehmen. Das kann über nachhaltig und emissionsfrei produzierte Düngemittel passieren, ebenso wie über eine Neuausrichtung der Produktionslogik. Die großflächige Milchproduktion braucht nicht grundsätzlich infrage gestellt zu werden, doch sie wird sich einer Kosten-Nutzen-Analyse unterziehen müssen. Europa braucht nicht industrielle Mengen an Milchprodukten auf andere Kontinente zu exportieren. Wenn dies nötig wird, um eine heimische Überproduktion noch irgendwie absetzen zu können, dann muss über alternative und förderungswürdige Produktionsschienen geredet werden dürfen.

Wir brauchen in der Europäischen Union eine Landwirtschaft, die den Kontinent mit allem versorgen kann, was er braucht. Er braucht nicht industrielle Mengen an Rindfleisch aus amerikanischen Staaten, Wein aus Australien und Wasser von den Fidschi-Inseln. Wer sich das leisten will, muss bereit sein, den Preis dafür zu bezahlen – und zwar nicht nur den billigen Herstellungspreis, sondern auch die Nachfolge- und Transportkosten. Umgekehrt gilt das genauso. Schottischer Whisky in Südkorea und Bordeaux-Wein in Schanghai sind teuer. Neuseeländischer Pinot Noir darf das bei uns auch sein.

Freihandelsabkommen

Wir können in Europa nicht jedes Freihandelsabkommen verhindern, um unsere Landwirtschaft und die Qualität der Nahrungsmittel in unseren Supermärkten zu schützen, und dann umgekehrt verlangen, dass europäische Produkte weltweit günstig exportiert werden. Die gemeinsame Landwirtschaftspolitik muss dafür sorgen, dass unser Kontinent seine Nahrungsmittelversorgung alleine hinbekommt. Was zusätzlich importiert wird, kann und muss mehr kosten. Dies sollte in Zukunft die Grundlage jedes Freihandelsabkommens sein. Und wir werden noch einige davon brauchen.

MIR KÖNNEN INTEGRÉIEREN

Europa ist der Kontinent der Integration. Dies gilt nach innen wie nach außen. Die Europäische Union muss ein Raum sein, in dem jeder Mensch seinen Platz finden und sich entfalten kann. Ob jemand geh- oder sehbehindert ist, von einem anderen Kontinent mit einer bestimmten Religion zu uns kommt oder Dyslexie hat; ob jemand kinderlos ist oder Vater oder Mutter einer Großfamilie ist, einen Turban trägt oder sich geschlechtlich nicht definitiv einordnen will – die Würde des Menschen ist unantastbar, und ist bei jedem Menschen exakt die Gleiche.

Menschen, denen es finanziell und sozial nicht gut geht, erfahren eine gefühlte Minderung ihrer Würde. Sie werden nicht in der Masse wertgeschätzt, wie es ihr Leben und Streben doch rechtfertigen würde. Die Bekämpfung der sozialen Entwürdigung durch Armut und Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben muss ein wesentliches Anliegen europäischer Politik sein.

Soziale Agenda

Europa braucht mehr denn je eine soziale Dynamik. Das „soziale Europa“, das von vielen politischen Familien immer wieder beschworen wird, muss sich weiterentwickeln, Europa muss Anteil an den wesentlichen sozialen Debatten um unsere Zukunft nehmen. Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Zukunft der Arbeit und ihrer zeitlichen Organisation, Bekämpfung von Armut und Schaffung von Lebensperspektiven für alle – dies sind nicht nationale Themen. Es sind Themen, die Europa und seinen „Way of Life“ ausmachen werden, seine Fähigkeit, alle Menschen zu integrieren, die in Europa leben und arbeiten. Die öffentlichen Schutzsysteme des menschlichen Daseins können nicht auf 30 verschiedene Arten weiterentwickelt und abgesichert werden. Dabei muss die Europäische Union nicht kleinteilige Entscheidungen treffen, sondern groß angelegte Reflexionsprozesse anstoßen und durch eigene Beiträge bereichern. Es gab in der austretenden Kommission einen zuständigen Kommissar für den „European Way of Life“. Von diesem ist nichts Bewegendes überliefert. Eine zukünftige Kommission muss sich sichtbar und spürbar mit der Bedeutung dieses Begriffes für die praktische Ausgestaltung unseres sozialen Lebens befassen, und dabei eng mit dem Europäischen Parlament als Denkfabrik zusammenarbeiten.

Wir brauchen Einwanderung

Europa war immer ein Kontinent der Migration. Von der Besiedlung durch Kelten oder Skythen über den Einfall von Bulgaren oder Ungarn und die germanischen Völkerwanderungen bis zu den großen Ausreisewellen des 19. und 20. Jahrhunderts sind Menschen von außen nach Europa gekommen und haben Menschen den europäischen Kontinent verlassen. Mehr vielleicht als jeder andere Kontinent hat Europa massive Auswanderung genauso gekannt wie massive Einwanderung. Wir sind heute wieder in einer Phase der starken Einwanderung, die teils aus Verzweiflung geschieht, teils aber auch damit zu tun hat, dass Menschen in Europa das suchen, was sie in ihrer Heimat nicht finden: Respekt vor ihrem Lebensentwurf, Achtung ihrer Würde, Wahrung ihrer Rechte. All diesen Menschen muss Europa etwas Anderes anbieten als eine immer fester zugedrückte Eingangstür.

Unkontrollierte, illegale Einwanderung ist längst ein Problem in Europa, das jeder vernünftige Mensch anerkennt. Die Bekämpfung dieses Problems kann und darf allerdings nicht dazu führen, dass niemand mehr nach Europa eingelassen wird. Die Wirtschaft sucht quer über den Kontinent händeringend nach Arbeitskräften. In der Daseinsvorsorge, der Alten- und Krankenpflege, im Bauwesen würden alle Systeme und unternehmerische Strukturen ohne den Beitrag von Einwanderern zusammenbrechen. Für die medizinische Versorgung der Zukunft und für wissenschaftliche und technologische Exzellenz werden auch außereuropäische Fachkräfte dringend gebraucht. Europa wäre ohne Einwanderung über Jahrtausende nicht das, was es ist. Europa wäre ohne Einwanderung heute nicht denkbar, und wird es morgen erst recht nicht sein.

Die Europäische Union braucht eine Einwanderungspolitik, die den Namen verdient. Eine Politik, die Einwanderung nicht verhindert, sondern steuert. Die nicht Hunderttausende dazu zwingt, sich als Asylbewerber auszugeben, weil es außerhalb der Asylprozeduren keine legalen Möglichkeiten der Einwanderung in die EU gibt. Eine Politik, die dafür sorgt, dass nicht Tausende Menschen bei ihrem verzweiferten Versuch, irgendwie nach Europa zu gelangen, in unseren Meeren ertrinken.

Asyl

Eine hohe Zahl an Flüchtlingen drängt in die Europäische Union. Sie kommen aus Kriegsgebieten, sie kommen aus Unterdrücker- und Terrorstaaten wie Afghanistan und Russland, sie kommen aus Teilen der Welt, in denen die Menschen keine Chancen, keine Hoffnung und keine Perspektive besitzen. Europa kann nicht alles Elend der Welt aufnehmen. Die Aufnahmefähigkeit und die Belastbarkeit unserer Gesellschaften sind begrenzt. Dies nicht zu realisieren, hieße, den sozialen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fahrlässig aufs Spiel zu setzen. Jedes migrantische Schicksal berührt uns. Alle migrantischen Schicksale zusammen stellen Europa vor eine Herausforderung, die wir gemeinsam meistern müssen. Auch dadurch, dass nicht jeder in die Union darf, der in die Union will.

Wer nicht wirklich aus einem Kriegsgebiet kommt, wessen Leib und Leben nicht wirklich in Gefahr sind, wer nicht wirklich persönlich verfolgt wird, darf in der EU zukünftig nicht mehr auf Asyl hoffen. Es werden irgendwann auch keine Boote mehr von afrikanischen Küsten ablegen dürfen. Wenn es nicht anders geht, müssen europäische Rechtsschutzorgane dies verhindern, indem sie selber vor den afrikanischen Küsten patrouillieren. Den Schleppern und Mördern unzähliger Migranten kann nur so das Handwerk definitiv gelegt werden. Europa darf seine Einwanderungspolitik nicht von kriminellen Menschenhändlern bestimmen lassen.

Legale Einwanderung

Wenn die Asylprozedur wieder auf jene Menschen ausgerichtet wird, die wirklich Asyl brauchen, muss gleichzeitig eine Politik zugunsten jener Menschen definiert werden, die nach Europa einwandern wollen, ohne bedroht und verfolgt zu sein. Migration ist ein Menschenrecht. Niemandem kann oder darf das Recht abgesprochen werden, sein Glück an einem Ort zu suchen, als dort, wo er oder sie geboren wurde. Es ist die große Leistung Europas, über Jahrhunderte Menschen aus aller Herren Länder aufgenommen und integriert, und ihre Schaffenskraft und ihre Kreativität zum Nutzen unserer Gesellschaft eingesetzt zu haben. Wir wollen, dass das so bleibt.

Wir wollen, dass Europa in seinen Botschaften überall in der Welt Stellen einrichtet, an die Menschen sich wenden können, die nach Europa einwandern möchten. Wo sie Informationen und Hilfe erhalten, wo ihnen verbindlich mitgeteilt wird, ob ihr Ersuchen eine Chance hat, wohin sie reisen können und was gerade an Qualifizierungen gebraucht wird. Auch, was gerade an Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten wo in der Union vorhanden ist. Wir wollen, dass Einwanderungswillige in ihrer Heimat erfahren, ob sie zu uns kommen können, oder nicht. Diejenigen, die einreisen dürfen, können das dann legal und sicher tun. Denjenigen, die nicht aufgenommen werden können, muss das ehrlich und aufrichtig mitgeteilt werden. Einige amerikanische Staaten betreiben seit langem genau so eine erfolgreiche Einwanderungspolitik. Europa kann das auch.

Kulturelle Integration

Wer nach Europa kommt, muss sich an unsere Rechtsordnung und unsere sozialen und kulturellen Sitten halten. Das ist keine Frage der gelegentlich so genannten Leitkultur, es ist eine Frage des Anstands und des Respekts vor jener Gesellschaft, die einen aufnimmt. Man kann nicht Respekt für sich selbst verlangen und die Menschen um einen herum wegen ihrer vermeintlich falschen oder unterlegenen Merkmale verachten. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar, und an Würde sind alle Menschen gleich. Das bedeutet, dass es keine Ausnahmen und keine Abstriche bei der Gleichberechtigung aller Menschen und ihrer Gleichheit vor dem Gesetz gibt. Vor allem die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau steht zu keinem Moment und in keinster Weise zur Disposition. Hass, Hetze oder sogar Gewalt gegenüber Menschen, deren geschlechtliche oder sexuelle Ausrichtung jemandem nicht passen, ist völlig inakzeptabel und muss zukünftig unionsweit strikt geahndet und bestraft werden.

Willkommenskultur geht nur, wenn die Zugereisten unsere Sitten und Lebensgewohnheiten, wenn schon nicht übernehmen, dann wenigstens achten und respektieren. Das gilt für den Schwimmunterricht für muslimische Mädchen genauso, wie für die generelle Achtung der Frau und die allgemeine Tatsache, dass die europäische Gesellschaft eine säkulare Gesellschaft ist. Wer etwas Anderes haben will, kann das an anderen Orten dieser Welt finden. Diese Realität muss Einwanderungswilligen vor ihrer Einwanderung verbindlich und verpflichtend vermittelt werden.

Rassismus und Diskriminierung

Die sich aneinanderreihenden Krisen der letzten zwei Jahrzehnte und der wohl auch daraus resultierende identitäre Rechtsruck gefährden den sozialen Frieden Luxemburgs und Europas. Die Europäische Kommission hat den Mitgliedstaaten empfohlen, Aktionspläne gegen Rassismus auszuarbeiten und vorzulegen. 7 Mitgliedstaaten sind dieser Aufforderung noch nicht gefolgt, darunter auch Luxemburg. Es ist nicht nur unabdingbar, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen, sondern vor allem, den latenten und offenen Rassismus aktiv zu bekämpfen. Die Aktionspläne müssen gegebenenfalls Grundlage entsprechender Gesetzgebung werden.

Das gleiche gilt im selben Masse für Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen der kulturellen Ausgrenzung und Erniedrigung. Zusätzlich muss die vom Ministerrat seit 2008 blockierte Antidiskriminierungsdirektive endlich angenommen werden, die allgemein alle Formen der Diskriminierung, über den Arbeitsmarkt hinaus, verbietet. Diese Direktive wird ihre Wirksamkeit im Bildungswesen, in der Gesundheitsversorgung und in anderen Bereichen entfalten.

Menschen mit Einschränkungen

Unsere Gesellschaft besteht aus Männern und Frauen aller Hautfarben, kultureller Hintergründe, Religionen und Bildungsstände. Sie besteht auch aus Menschen, die physisch oder mental ein Handicap tragen, die mit einer wie auch immer gearteten körperlichen oder geistigen Einschränkung leben. Diese Menschen müssen überall in Europa so weit in die gesellschaftlichen Abläufe integriert werden, wie es irgend möglich ist. Es muss überall in Europa gewährleistet sein, dass ein sehbehinderter Mensch oder jemand im Rollstuhl nicht in seiner Mobilität eingeschränkt ist. Menschen mit Behinderung müssen eine optimale Integration in der Schule, bei der Arbeit und im sozialen Leben erhalten. Für die Integration von Menschen mit Einschränkungen müssen Mittel und Programme aufgelegt werden, die auch für sie die gesellschaftliche Partizipation vollumfänglich und die Gleichheit zur Realität machen. Das gilt selbstverständlich auch für die Gleichbehandlung im Erwerbsleben.

„In Vielfalt geeint“ – so lautet der Leitspruch der EU. Um diesem Rechnung zu tragen ist eine Politik der Inklusion und Chancengleichheit in jedem Bereich des Lebens unabdingbar. Menschen mit Behinderung(en) sind Teil unserer Gesellschaft. Um gesetzgeberisch tätig werden zu können, braucht es diesbezüglich Daten, insbesondere für nicht sichtbare Einschränkungen wie Sehbehinderungen, mentale Behinderungen und seltene Krankheiten, die zu Einschränkungen führen. Diese Daten sind nicht flächendeckend verfügbar. Das muss sich ändern.

Erleichterungen bei der Gesundheitsversorgung

Die Europäische Union hat in der Gesundheitspolitik bestenfalls eine koordinierende Rolle. Wie wichtig diese aber sein kann, hat sich spätestens bei der gemeinsamen Beschaffung der Covid-Impfstoffe erwiesen. Wir wollen, dass die EU weiterhin ergänzend handelt, wenn es um Verbesserungen der medizinischen Versorgung der Menschen in Europa geht.

Mit der Digitalen EU-Patientenkarte wurde ein erster, technischer, Schritt hin zu Erleichterungen für Patienten unternommen. Um insbesondere grenzüberschreitende Konsultationen und Therapien zu ohne erheblichen Mehraufwand zu ermöglichen, unterstützen wir die Einführung einer solchen Patientenkarte, die medizinische Daten über Analysen, Berichte, Bilder und Diagnosen beinhaltet und dem Patienten das mühsame Zusammensuchen der unterschiedlichen Daten von unterschiedlichen Ärzten und Krankenhäusern erspart. Wie in der Verordnung vorgesehen, können diese Daten für Recherche genutzt werden. Der Patient verfügt jedoch immer über eine Opt-Out Option, was die Nutzung seiner Daten für behandlungsfremde Zwecke anbelangt.

